

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Kulturamt

**"Stolpersteine" - Erinnerung im
öffentlichen Raum für die Opfer des
Naziregimes**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 23. März 2009

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Jugendgemeinderat	27.01.2009	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Jugendhilfeausschuss	11.02.2009	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Kulturausschuss	12.03.2009	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	19.03.2009	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Jugendgemeinderat, Jugendhilfeausschuss, Kulturausschuss und Gemeinderat nehmen die Information zur Kenntnis

Sitzung des Jugendgemeinderates vom 27.01.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Jugendgemeinderates vom 27.01.2009

5.1 „Stolpersteine“ – Erinnerung im öffentlichen Raum für die Opfer des Naziregimes Informationsvorlage 0002/2009/IV_JGR

Nicolas Apfel-Totaro berichtet aus der Kulturkommission, die sich nach Gesprächen mit der Initiative Stolpersteine und dem Kulturamt für die Verlegung von Stolpersteinen als Form des Erinnerns ausspricht. Er stellt folgende Zusammenfassung der Kulturkommission zur Diskussion:

„Identifikation mit der Geschichte der eigenen Stadt bedeutet nicht nur generelles Interesse an der Vergangenheit, sondern vielmehr das Bekenntnis der Bürger/innen, Verantwortung zu übernehmen und über das Geschehene nachzudenken. Die Auseinandersetzung mit der Verfolgung anderer Konfessionen und Andersdenkender im nationalsozialistischen Heidelberg kann zudem Diskriminierung und Gewalt vorbeugen. Solidarität zu den Menschen, denen Unrecht widerfahren ist, sowie Eigeninitiative und bürgerliches Engagement, zeigt ein hohes Maß an Verantwortung, das die Bürger/innen bezüglich der Vergangenheit übernehmen.“

In den letzten Jahren war die Initiative Stolpersteine an einer Fachkonferenz gescheitert, bei der die Stimme Heidelberger Sinti und Roma sowie die der jüdischen Gemeinde, welche die Stolpersteine aus religiösen Gründen ablehnte, ausschlaggebend für die ablehnende Entscheidung war. Konträr zu den Heidelberger Sinti und Roma unterstützt der Landesverband Baden-Württemberg die Stolpersteine.

Die Motivation dieser Gemeinden ist nachvollziehbar, darf aber nicht das Gedenken an andere Gruppen von Verfolgten einschränken, wie z.B. Homosexuelle, Gewerkschafter oder Zeugen Jehovas. In der Reihe der vorgeschlagenen Gedenksteine sind nun Juden sowie Sinti und Roma ausgenommen. Um sicherzustellen, dass konträre Meinungen, was diese und womöglich folgende Stolpersteine angeht, nicht übergangen werden, ist Recherche gefragt. Familienangehörige beispielsweise müssen sich zur Verlegung äußern, wenn sie nicht schon von ihnen initiiert wurde.

Der Jugendgemeinderat unterstützt aus diesem Grund die Verlegung von Stolpersteinen in Heidelberg.“

In der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Herr Mumm, Amtsleiter Kulturamt, Nicolas Apfel-Totaro, Eva Kull, Hannah Eberle, Stadträtin Dotter

Herr Mumm rät davon ab, die Opfergruppen aufzuteilen in die Gruppe, für die künftig Stolpersteine verlegt werden soll, und die Gruppe, die diese Initiative ablehnt, zumal Überschneidungen nicht auszuschließen sind. Er berichtet aus der Fachkonferenz im Jahre 2006, bei der alle Teilnehmer die Meinung teilten, das Projekt nicht weiter zu führen, nachdem sich die Heidelberger Sinti und Roma sowie die jüdische Gemeinde dagegen ausgesprochen hatten. Er empfiehlt, sich über eine andere Form des Erinnerns Gedanken zu machen und begrüßt entsprechende konstruktive Vorschläge. Diese Auffassung wird von Stadträtin Dotter geteilt.

Jugendgemeinderätin Eva Kull stellt den **Antrag**, über folgende Position des Jugendgemeinderates abzustimmen:

Der Jugendgemeinderat unterstützt die Initiative Stolpersteine entsprechend der obigen Begründung.
Gleichzeitig sollte man nach alternativen Wegen des Erinnerns suchen; der Jugendgemeinderat wird sich deshalb mit jungen jüdischen Gemeinden, beispielsweise der in Mannheim, in Verbindung setzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

gez.
Hannah Eberle
Vorsitzende JGR

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschluss

Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.02.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.02.2009

2.1 ö "Stolpersteine" - Erinnerung im öffentlichen Raum für die Opfer des Naziregimes Informationsvorlage 0002/2009/IV_JGR

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Stadträtin Bock, Stadtrat Prof. Dr. Sonntag, Stadtrat Reutlinger, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadträtin Schröder-Gerken, Stadtrat Dondorf, Herr Knüpfer (Stadtjugendring)

Nach kurzer Vorstellung der Vorlage und des Beschlusses des Jugendgemeinderats vom 27.01.2009 verweist Herr Dr. Gerner zum einen auf einen Sachantrag von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz (Bunte Linke) und zum anderen auf einen Sachantrag der SPD-Fraktion.

Danach kommt es zu einer regen Diskussion darüber, ob und welchem Antrag man sich anschließen solle und wie eine Kultur des Gedenkens in Heidelberg installiert werden solle.

Stadträtin Bock (GAL-Grüne) regt im Laufe der Diskussion an, dass die Verwaltung recherchieren möge, welche Erfahrungen andere Städte in der Abstimmung mit den betroffenen Familien der Sinti und Roma sowie der jüdischen Gemeinden gemacht hätten.

Herr Dr. Gerner sichert eine Recherche und entsprechende Information der politischen Gremien zu.

Nach weitergehender Diskussion stellt Herr Dr. Gerner zunächst den detaillierteren

Antrag von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz zur Abstimmung:

„Die Stadt Heidelberg befürwortet und unterstützt die Verlegung von Gedenksteinen („Stolpersteinen“) zur Erinnerung an Menschen, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden. Dabei gelten folgende Grundsätze:

- Bei dem zu berücksichtigenden Personenkreis soll es sich um Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft handeln, die ihren Wohnsitz in Heidelberg hatten.
- Die Stolpersteine sollen vor den Gebäuden verlegt werden, in denen die betroffenen Personen ihren langzeitigen Wohnsitz hatten.
- Das Kulturamt sucht zusammen mit der „Initiative Stolpersteine“ in Abstimmung mit dem Stadtarchiv Personen und Standorte aus und fragt bei den Hinterbliebenen nach - soweit diese erreichbar sind. Falls bei den Hinterbliebenen Bedenken bestehen, unterbleibt die Verlegung.
- Das Tiefbauamt gleicht die vorgeschlagenen Adressen mit den relevanten Katastern ab.
- Die Kosten für Katasteranfragen beim Tiefbauamt werden durch das Kulturamt via interne Verrechnung bezahlt.
- Die Kosten für Verlegung liegen bei der "Initiative Stolpersteine"
- Die Stolpersteine gehen per Schenkung in Besitz der Stadt über. Ihre Standorte werden bei Baumaßnahmen berücksichtigt; das Tiefbauamt nimmt im Gestattungsvertrag für Aufgrabungen entsprechende Auflagen auf.“

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 1: 12: 3 Stimmen

Daraufhin stellt Herr Dr. Gerner den **Antrag** der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine „Allgemeine Kultur des Erinnerns“ zu erarbeiten, das allen Opfern und Ihren Angehörigen in ausreichender Form gerecht wird. Im Rahmen von entsprechender Öffentlichkeit können sich die Angehörigen bei der Stadtverwaltung melden und sich dann an dem Prozess zur Erarbeitung des Konzeptes beteiligen. Das Projekt „Stolpersteine“ sollte nur dann umgesetzt werden, wenn die entsprechenden betroffenen Gruppen in der Stadt dies unterstützen.“

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 12: 0: 4 Stimmen

gez.

Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung und Arbeitsauftrag

Sitzung des Kulturausschusses vom 12.03.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses vom 12.03.2009

6.1 ö "Stolpersteine" - Erinnerung im öffentlichen Raum für die Opfer des Naziregimes Informationsvorlage 0002/2009/IV_JGR

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Bock, Stadtrat Gund, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Reutlinger, Stadträtin Schröder-Gerken, Stadträtin Marggraf

Herr Dr. Gerner stellt kurz die Vorlage, den Beschluss des Jugendgemeinderats vom 27.01.2009 und den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 11.02.2009 vor.

Stadträtin Dr. Werner-Jensen erläutert nochmals die Intension des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses, was daraufhin zu einer regen Diskussion führt.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz beantragt, dass sein im Jugendhilfeausschuss vom 11.02.2009 abgelehnte Antrag erneut zur Abstimmung gestellt wird.

Stadträtin Dr. Werner-Jensen beantragt, zu dem von der SPD-Fraktion im Jugendhilfeausschuss vom 11.02.2009 gestellten und abgestimmten Antrag einen Zusatz abstimmen zu lassen.

Herr Bürgermeister Dr. Gerner stellt fest, dass der Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz der weitergehende ist und stellt diesen **Antrag** als erstes zur Abstimmung:

„Die Stadt Heidelberg befürwortet und unterstützt die Verlegung von Gedenksteinen („Stolpersteinen“) zur Erinnerung an Menschen, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden. Dabei gelten folgende Grundsätze:

- Bei dem zu berücksichtigenden Personenkreis soll es sich um Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft handeln, die ihren Wohnsitz in Heidelberg hatten.
- Die Stolpersteine sollen vor den Gebäuden verlegt werden, in denen die betroffenen Personen ihren langzeitigen Wohnsitz hatten.
- Das Kulturamt sucht zusammen mit der „Initiative Stolpersteine“ in Abstimmung mit dem Stadtarchiv Personen und Standorte aus und fragt bei den Hinterbliebenen nach - soweit diese erreichbar sind. Falls bei den Hinterbliebenen Bedenken bestehen, unterbleibt die Verlegung.
- Das Tiefbauamt gleicht die vorgeschlagenen Adressen mit den relevanten Katastern ab.
- Die Kosten für Katasteranfragen beim Tiefbauamt werden durch das Kulturamt via interne Verrechnung bezahlt.
- Die Kosten für Verlegung liegen bei der "Initiative Stolpersteine"
- Die Stolpersteine gehen per Schenkung in Besitz der Stadt über. Ihre Standorte werden bei Baumaßnahmen berücksichtigt; das Tiefbauamt nimmt im Gestattungsvertrag für Aufgrabungen entsprechende Auflagen auf.“

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 2: 8: 0 Stimmen

Daraufhin stellt Herr Dr. Gerner den erweiterten **Antrag** der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine „Allgemeine Kultur des Erinnerns“ zu erarbeiten, das allen Opfern und Ihren Angehörigen in ausreichender Form gerecht wird. Im Rahmen von entsprechender Öffentlichkeit können sich die Angehörigen bei der Stadtverwaltung melden und sich dann an dem Prozess zur Erarbeitung des Konzeptes beteiligen. Das Projekt „Stolpersteine“ sollte nur dann umgesetzt werden, wenn die entsprechenden betroffenen Gruppen in der Stadt dies unterstützen.
Das Konzept ist bis Oktober vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 8: 2: 0 Stimmen

gez.

Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung und Arbeitsauftrag

Sitzung des Gemeinderates vom 19.03.2009

Ergebnis der Sitzung des Gemeinderates vom 19.03.2009:

21.1 „Stolpersteine“ – Erinnerung im öffentlichen Raum für die Opfer des Naziregimes Informationsvorlage – 0002/2009/IV_JGR

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Dr. Trabold, Stadträtin Bock, Stadtrat Weirich, Stadtrat Reutlinger, Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Dondorf, Stadtrat Schladitz, Stadträtin Schröder-Gerken, Stadträtin Marggraf

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf das Ergebnis der Kulturausschusssitzung vom 12.03.2009 hin. In dieser Sitzung wurde von der SPD-Fraktion **beantragt**, die Verwaltung soll bis Oktober ein Konzept für eine „Allgemeine Kultur des Erinnerns“ erarbeiten, das allen Opfern und ihren Angehörigen in ausreichender Form gerecht werde.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz hält an seinem im Kulturausschuss am 12.03.2009 gestellten **Antrag** fest und begründet diesen.

Am Ende der Diskussion stellt Stadträtin Marggraf den **Antrag**

Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat eine Liste vor, mit welchen Angehörigen und welchen Vertretern von Opfergruppierungen die Verwaltung das Konzept für eine „Allgemeine Kultur des Erinnerns“ erarbeite.

Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt zuerst den **Antrag** von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz zur Abstimmung.:

„Die Stadt Heidelberg befürwortet und unterstützt die Verlegung von Gedenksteinen („Stolpersteinen“) zur Erinnerung an Menschen, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden. Dabei gelten folgende Grundsätze:

- Bei dem zu berücksichtigenden Personenkreis soll es sich um Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft handeln, die ihren Wohnsitz in Heidelberg hatten.
- Die Stolpersteine sollen vor den Gebäuden verlegt werden, in denen die betroffenen Personen ihren langzeitigen Wohnsitz hatten.
- Das Kulturamt sucht zusammen mit der „Initiative Stolpersteine“ in Abstimmung mit dem Stadtarchiv Personen und Standorte aus und fragt bei den Hinterbliebenen nach - soweit diese erreichbar sind. Falls bei den Hinterbliebenen Bedenken bestehen, unterbleibt die Verlegung.
- Das Tiefbauamt gleicht die vorgeschlagenen Adressen mit den relevanten Katastern ab.
- Die Kosten für Katasteranfragen beim Tiefbauamt werden durch das Kulturamt via interne Verrechnung bezahlt.
- Die Kosten für Verlegung liegen bei der "Initiative Stolpersteine"
- Die Stolpersteine gehen per Schenkung in Besitz der Stadt über. Ihre Standorte werden bei Baumaßnahmen berücksichtigt; das Tiefbauamt nimmt im Gestattungsvertrag für Aufgrabungen entsprechende Auflagen auf.“

Abstimmungsergebnis: mit 12 : 22 : 2 Stimmen abgelehnt

Oberbürgermeister Dr. Würzner schlägt vor, den **Antrag** der SPD-Fraktion aus der Kulturausschusssitzung vom 12.03.2009 zur Abstimmung zu stellen und sagt zu, dass die Stadtverwaltung dem Gemeinderat die von Stadträtin Marggraf erbetene Liste vorlegen wird.

Die Mitglieder des Gemeinderates sind hiermit einverstanden. Oberbürgermeister Dr. Würzner ruft den SPD-Antrag zur Abstimmung auf:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine „Allgemeine Kultur des Erinnerns“ zu erarbeiten, das allen Opfern und Ihren Angehörigen in ausreichender Form gerecht wird. Im Rahmen von entsprechender Öffentlichkeit können sich die Angehörigen bei der Stadtverwaltung melden und sich dann an dem Prozess zur Erarbeitung des Konzeptes beteiligen. Das Projekt „Stolpersteine“ sollte nur dann umgesetzt werden, wenn die entsprechenden betroffenen Gruppen in der Stadt dies unterstützen. Das Konzept ist bis Oktober vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: mit 28 Stimmen bei 8 Enthaltungen beschlossen

Beschluss des Gemeinderates:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine „Allgemeine Kultur des Erinnerns“ zu erarbeiten, das allen Opfern und Ihren Angehörigen in ausreichender Form gerecht wird. Im Rahmen von entsprechender Öffentlichkeit können sich die Angehörigen bei der Stadtverwaltung melden und sich dann an dem Prozess zur Erarbeitung des Konzeptes beteiligen. Das Projekt „Stolpersteine“ sollte nur dann umgesetzt werden, wenn die entsprechenden betroffenen Gruppen in der Stadt dies unterstützen. Das Konzept ist bis Oktober vorzulegen.“

gez.
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschluss und Arbeitsauftrag an die Verwaltung

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

keine



II. Begründung:

Gegenüber der Information, die der Gemeinderat am 8. November 2006 zur Kenntnis genommen hat (Drucksache 0097/2006/IV), gibt es bis heute keinen neuen Sachstand.

Berichtet wurde über die Fachkonferenz „Erinnern“ vom 14. Juni 2006, in der die Verwaltung sich Rat von Fachverbänden und Fachleuten geholt hatte. Im Ergebnis wurde die Stadt Heidelberg einmütig gebeten, das Projekt „Stolpersteine“ weder aufzugreifen noch in anderer Weise zu unterstützen. In Ergänzung dazu hat Herr Konrad Müller, der auf der Fachkonferenz den Förderverein „Begegnung“ vertreten hatte, im vergangenen Jahr bei verschiedenen Gelegenheiten aus Heidelberg stammende Juden nach ihrer Haltung befragt und übereinstimmend ablehnende Antworten erhalten.

Aufgrund dieses Sachverhalts wird die Stadtverwaltung auch in Zukunft das Projekt „Stolpersteine“ nicht unterstützen.

gez.

Dr. Joachim Gerner

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Inhaltlicher Antrag der Bunten Linken mit Datum vom 05.02.2009
A 2	Inhaltlicher Antrag der SPD-Fraktion mit Datum vom 11.02.2009